

Ökonomische Instrumente: Ziele, Strategien, Verhaltensgrundlagen und Steuerungsansatz in neuer Perspektive

Felix Ekardt

Felix Ekardt: felix.ekardt@uni-rostock.de

Der Beitrag stellt folgende Thesen vor (basierend auf mehr als 20 Jahren eigener Forschung zum Thema): (1) Die Kernstrategien für verschiedene Nachhaltigkeitsprobleme wie z.B. Klimawandel, Verlust der biologischen Vielfalt, gestörte Stickstoffkreisläufe, Gesundheit usw. sind null fossile Brennstoffe und eine stark reduzierte Tierhaltung in etwa zwei Jahrzehnten - basierend auf verankerten, aber sehr ambitionierten und rechtsverbindlichen internationalen Zielen. (2) Die (ökologische) Wirksamkeit der politischen Instrumente für die beispiellosen Herausforderungen kann nur durch ein qualitatives, multimethodisches Verfahren der Governance-Analyse geprüft werden. Dies basiert stark auf einem sehr interdisziplinären Zugang zur Verhaltensforschung respektive zu wissenschaftlichen Erkenntnissen über die menschliche Motivationslage. (3) Sowohl das Ausmaß der Herausforderung und die menschliche Motivationslage sowie bestimmte Governance-Probleme (z .B. Rebound und Verlagerung) können mit Hilfe ökonomischer Instrumente optimal angegangen werden. (4) Allerdings gilt dies nur, wenn sie mit einem geographisch und sachlich breiten Anwendungsbereich operieren. (5) So oder so sind einige ergänzende Instrumente erforderlich. (6) Dieser Governance-Ansatz ist auch am besten mit den Prinzipien der liberalen Demokratie vereinbar.

Eine gerechte CO₂-Steuer?! Bezüge zu Fragen sozialer Ungleichheit und sozialen Zusammenhalts

Katrin Großmann

Katrin Großmann: katrin.grossmann@fh-erfurt.de

In der aktuellen Auseinandersetzung um die Einführung einer CO₂-Steuer spielen soziale Fragen eine Rolle in den Argumentationen, vor allem der Gegner. Dies erinnert an die Debatten um die Instrumente der Energiewende, insbesondere die EEG-Umlage vor ca. sechs Jahren. Damals waren Sorgen um regressive Effekte einerseits von den Verbraucherverbänden und andererseits von der Lobby konventioneller Energien geäußert worden. Die Verbraucherverbände mahnen die Belastung einkommensarmer Haushalte noch immer an, die Lobbyverbände und auch die Medien, selbst die Forschung, haben das Thema dagegen wieder fallen gelassen.

Der Beitrag wird aus sozialer Perspektive fragen, wie sich eine mögliche CO₂-Steuer mit Fragen sozialer Ungleichheit überschneiden könnte. So man eine CO₂-Steuer befürworten würde, worauf ist zu achten um zu verhindern, dass existierende Ungleichheiten verstärkt oder befestigt werden? Inwieweit beeinflusst eine CO₂-Steuer die Lebensführung einkommensarmer Haushalte bzw. solcher, die man als energiearm oder mobilitätsbenachteiligt bezeichnen würde, wie dies in wissenschaftlichen Arbeiten zu *energy justice* oder *mobility justice* herausgestellt wird?

Auf einer makrogesellschaftlichen Ebene besteht die Relevanz dieser Fragen nicht zuletzt in ihrem demokratiedestabilisierenden Potential sowie in einer Distanzierung unterer sozialer Schichten vom Klimaschutz als politischem Ziel insgesamt. Energiearme Haushalte durchleben nicht selten einen Vertrauensverlust in zentrale Institutionen der Gesellschaft, erleben Interessenskonflikte zwischen der Sicherung basaler Lebensqualität und Klimaschutzzielen, von denen sie sich in der Konsequenz distanzieren.

CO₂-Preise: von der Theorie zur Praxis

Gernot Klepper

Gernot Klepper: gernot.klepper@ifw-kiel.de

Die ökonomische Theorie der Externalitäten hat schon lange die Effizienz einer Bepreisung von negativen Externalitäten überzeugend nachgewiesen. Treibhausgasemissionen sind das klassische Beispiel einer globalen Externalität. Ihr globaler Charakter und die Eigenschaften des Klimasystems stellen jedoch Herausforderungen dar, sowohl politisch als auch in der administrativen Implementierung. Dennoch nimmt die Zahl der Systeme mit „Carbon Pricing“ weltweit zu. Die Widerstände gegen CO₂-Preise liegen eher in der Interessenlage einzelner Betroffener als in den Zweifeln an ihrer Wirksamkeit begründet. Sowohl CO₂-Preise, die über ein Emissionshandelssystem entstehen, als auch solche in einem CO₂-Abgaben bzw. CO₂-Steuersystem, können zielgenau Anreize für ein klimafreundlicheres Verhalten von Produzenten und Konsumenten setzen.

Der Preis der Bepreisung. Über radikalen Reformismus

Stephan Lessenich

Stephan Lessenich: stephan.lessenich@lmu.de

Der gesellschaftlichen Wirkmächtigkeit des Klimawandels kann sich mittlerweile niemand mehr entziehen – praktisch jede*r muss sich im umweltpolitischen Feld positionieren, seien es nun politisch Verantwortliche oder der Otto(motor)normalverbraucher, von erklärten „Klimaleugner*innen“ zu schweigen. Entsprechend breit wird aktuell auch über eine stärkere Bepreisung des Energieverbrauchs bzw. konkret über eine CO₂-Steuer diskutiert. Deren Befürworter*innen scheinen täglich zahlreicher zu werden. Ist damit der Weg in die Dekarbonisierung geebnet – oder jedenfalls eröffnet? Wie weit lässt sich mit Steuern steuern – und wohin? Wie viel Revolutionierung der Verhältnisse steckt im Preismechanismus? Kann man dem fossilen Kapitalismus mit marktwirtschaftlichen Instrumenten beikommen – und dem Klimawandel ohne Systembruch?